

Energiewende – ohne Bürger geht es nicht!

Zum Leserbrief von Henner Gonnermann vom 7. 9. 2019 über den Standpunkt-Kommentar zur Windkraft in der OP-Ausgabe vom 17. 7. 2019:

Gonnermanns Behauptung „der Hessische Energiegipfel sei einberufen worden bei vorbildlicher Beteiligung der Zivilgesellschaft“ ist absolut irreführend und zeugt von mangelndem Demokratieverständnis.

Eingeladen waren nämlich nur Vertreter aller Fraktionen des Hessischen Landtags, der Wirtschafts- und Umweltverbände sowie der Gewerkschaften und der Industrie. Diese repräsentieren aber bei weitem nicht die gesamte Zivilgesellschaft.

Teile der Bevölkerung, die negativ durch den Bau der Windkraftanlagen betroffen sind, weil etwa ihre Immobilien an Wert verlieren oder Naherholungsgebiete im ländlichen Raum ihre Charakter verlieren, wurden überhaupt nicht in diesem politischen Entscheidungsprozess berücksichtigt.

Hinzu kommt, dass alle am hessischen Energiegipfel beteiligten dessen Ergebnisse im Vorfeld weitgehend unterstützt haben, sodass keine Partei in eindeutiger Opposition gegen Windkraft und den damit verbundenen Politikinhalt stand.

Bürgerinnen und Bürger, die – aus welchen Gründen auch immer – eine ablehnende Haltung gegenüber der Windkraft und ihren Konsequenzen aufweisen, hatten keine par-

lamentarisch vertretenen Ansprechpartner, die ihre Bedenken und Probleme aufgreifen und in den politischen Prozess einer repräsentativ organisierten Demokratie einspeisen konnten.

Sie mussten sich stattdessen „außerparlamentarisch“ in Form von Bürgerinitiativen organisieren, um so zu versuchen, ihre Position mithilfe von Protestaktionen in den politischen Prozess zu integrieren.

Da diese Aktionen meist negativ durch die Medien begleitet wurden, kam es auch schnell zu einem Vertrauensverlust in politische Institutionen und Behörden.

Die von vielen Bürgern eingebrachten zulässigen und qualifizierten Einwendungen zur neuen Landes- und Regional-

planung fanden überhaupt keine Berücksichtigung und wurden vielfach nicht beantwortet.

Zieht man nun acht Jahre nach dem Gipfel ein Fazit kommt man zum erschreckenden Ergebnis, dass die beschlossenen Maßnahmen Investitionen in Energieerzeugungsanlagen, in den Aus- und Umbau der Energieverteilernetze sowie in Speichertechnologien und Effizienzmaßnahmen weitgehend verfehlt, Ziele nicht erreicht, oder noch überhaupt keine Lösungen gefunden worden sind.

Wäre es nicht an der Zeit, nun die Zivilgesellschaft an den Entscheidungen zu beteiligen oder will man weiter über deren Köpfe hinweg bestimmen?

Reinhold Leinweber,
Dautphetal